

Deutschlandpolitische Grundsatzpositionen und Zielvorstellungen in den westdeutschen Besatzungszonen 1945–1949

Einleitung

I. Ausgangslage und Konstellation 1945/46

1. Der äußere Rahmen. Alliierte Deutschlandpolitik und deutsche Möglichkeiten
2. Restitution des deutschen Nationalstaats als selbstverständliche Annahme
3. Traditionen und secessionistische politische Konzepte nach dem Zusammenbruch des NS-Staates
4. Realismus als Konsequenz der politischen Lage. Folgen des Antagonismus der Großmächte nach dem Bruch der Anti-Hitler-Koalition für Deutschland: Frühe Prognosen der Teilung Deutschlands
5. Programme und Perspektiven. Verfassungsentwürfe und deutschlandpolitische Konzeptionen der Parteien 1945–1948/49

II. Programme und Realitäten: Kernstaat und Magnettheorie

1. Entfremdung und Stagnation. Die Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz 1947 als Symptom
2. Diskussion der Offerte zur Weststaatgründung und Annahme des alliierten Auftrags im Sommer 1948
3. Pragmatismus und Westbindung: Die Abkehr vom Nationalstaat, Position Adenauers und der CDU
4. Einheitspostulat und Anti-Kommunismus: Positionen der SPD und Kurt Schumachers Magnettheorie

Zusammenfassung

Einleitung

Im Schock des Untergangs des nationalsozialistischen Staates und der ab Frühjahr 1945 offenbar werdenden Dimensionen seiner Verbrechen hatte die Frage, ob mit dem von Adolf Hitler geführten Deutschen Reich auch der deutsche Nationalstaat untergegangen war, aus verschiedenen Gründen für die meisten Deutschen zunächst weder existentielle noch aktuelle Bedeutung: Entweder reichte die Phantasie der aus innerer Emigration, zwangsläufiger

Zurückhaltung und Untätigkeit, aus Widerstand und Haft zurückkehrenden politisch denkende (zum Handeln erst allmählich wieder legitimierten) Menschen nicht aus, um sich die Aufspaltung des Deutschen Reiches in einzelne Nachfolgestaaten vorstellen zu können; oder ihr Blick war ganz auf die Territorialverluste im Osten gerichtet, woraus nicht nur für Konservative der selbstverständliche Schluß zu ziehen war, wo nach den Mustern der Revisionspolitik der Weimarer Republik die Fronten und Konfliktlinien künftiger deutscher Politik verlaufen würden: vermutlich im Kampf um die Rückgewinnung der verlorenen Ostgebiete. Die auf der Potsdamer Konferenz außerdem verkündete Vertreibung der Deutschen aus den Siedlungsgebieten in Ostmitteleuropa, lenkte weiter den Blick davon ab, was man künftig in der Realität unter dem Begriff der „deutschen Frage“ zu verstehen hatte, nämlich die Wiedergewinnung von staatlicher Existenz und Souveränität ausschließlich auf dem Territorium, das nach dem Beschluß der alliierten Siegerstaaten in vier Besatzungszonen eingeteilt war zum Zweck der Entmilitarisierung und Demokratisierung auf ungewisse Zeit.

Andererseits gab es auch Überlegungen, die Stunde des Zusammenbruchs zur Neuordnung zu benutzen. Unter dem Beifall der französischen Besatzungsmacht wurden in den Anfängen der Besatzungszeit Positionen des rheinischen Föderalismus diskutiert, die aus der Zerschlagung des ungeliebten Preußens unter antikommunistischer Prämisse die Rheinbundidee wieder beleben sollten. Aus ähnlichem Antrieb gab es in Niedersachsen das Wiedererwachen welfischer Traditionen und wurden in Bayern Sehnsüchte an die einstige größere Selbständigkeit im Bismarck-Reich oder besser noch in der Zeit davor kultiviert.

Solche Perspektiven blieben aber den im Vordergrund stehenden pragmatischen Problemen untergeordnet. In den Jahren 1945 bis 1948 waren deutsche Politiker nur dazu aufgefordert, im alliierten Auftrag und unter alliierter Kontrolle im engen Rahmen der Landespolitik, schließlich auf Zonenebene (nicht jedoch auf französischem Besatzungsgebiet) und, im Falle der amerikanisch-britischen Bi-Zone ab 1947, auf geringfügig höherer Ebene an der Verwaltung des Mangels und des Hungers, der Wiederherstellung von Infrastruktur und Wohnraum und an der politischen Säuberung im Rahmen der „Entnazifizierung“ mitzuwirken.

Die Realitäten des Besatzungsalltags lenkten die Phantasie der Menschen in den drei westlichen Zonen auf Probleme des materiellen Wiederaufbaus und im Zeichen des Kalten Krieges auf die Abwehr der gesellschaftlichen und der damit verbundenen strukturellen Veränderungen in der sowjetischen Besatzungszone. Mit diesen Notwendigkeiten war unter alliierter Kuratel der Rahmen deutschen Wirkens abgesteckt, für Visionen darüber hinaus bestand zunächst kein Bedarf, oder ihre Notwendigkeit wurde nicht gesehen.